

WETZLAR KURIER

ZEITUNG FÜR DEN LAHN-DILL KREIS

Nr. 6 · 35. Jahrgang Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur Juni 2016

8 Millionen Rentner betroffen

Nachträgliche Krankenkassenbeiträge auf Direktversicherung sind **gefühlter** Betrug

von Hans-Jürgen Irmer

Vater Staat wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass man sich auch schon in jungen Jahren mit dem Alter, der Rente und zusätzlichen Renteneinnahmen befassen sollte. Gesetzliche oder betriebliche Renten werden in späteren Jahren kaum ausreichend sein, um einen an gemessenen und ruhigen Lebensabend zu führen. Deshalb macht es Sinn, ein weiteres Standbein zu haben. So haben sich im Laufe der Jahre dies auch 8 Millionen Bundesbürger gedacht, die eine Direktversicherung mit Betriebsrentencharakter abgeschlossen haben. Das heißt, sie haben von ihrem Nettoverdienst einen monatlichen Betrag abgezweigt und in die Direktversicherung einbezahlt. Über Jahre und Jahrzehnte, um an dem Tag des Erreichens der Altersgrenze je nach Vertrag einen Betrag von 50.000, 75.000 oder 100.000 Euro ausgezahlt zu bekommen, und zwar inklusive Verzinsung. Soweit die Theorie. Sie haben damit das gemacht, was weitsichtig ist, was eigenverantwortlich ist und was der Gesellschaft dient, denn sie können damit im Alter ihren Lebensabend in der Regel einigermaßen gut bestreiten. Soweit die Vertragsgrundlage: Einzahlung, entsprechende Verzinsung, Auszahlung.

Die Praxis sieht anders aus.

Man hat erstens nicht mit der Kapitalmarktentwicklung gerechnet und zweitens nicht mit der **rot-grünen Bundesregierung**, die 2004 das sogenannte Gesundheitsmodernisierungsgesetz zur gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen hatte. Danach muss auch rückwirkend (!) auf die Auszahlung der komplette Arbeitnehmer- als auch Arbeitgeberanteil an die Krankenkassen abgeführt werden. Man kann dies nur als „Sauerei“ bezeichnen, denn wenn der Bürger im Vertrauen auf die Zusage des Staates das macht, was von Staat und Gesellschaft als richtig empfunden wird, nämlich Altersvorsorge privat zu betreiben, und dann im Nachhinein durch diese Beiträge bestraft wird, dann kann man den Ärger und den Zorn eines Betroffenen nur allzu gut nachvollziehen. Man **fühlt sich hilflos, man fühlt sich**

ausgenutzt und betrogen. Es gilt in der Juristerei ein alter Grundsatz: Pacta sunt servanda - Verträge sind einzuhalten. Dies muss erst recht auch für die Politik gelten. Und da zählt das Argument nicht, dass damals die Sozialkassen klamm waren. Wenn man dies als Argument ernsthaft heranzieht, dann ist nichts, aber absolut nichts mehr sicher. Hätten die betroffenen Bürger das vom Nettogehalt abgesparte Geld in Langzeitsparverträge gesteckt, dann wären zwar auch die Zinsen nach Ablauf einer Fünf- oder Zehnjahresfrist verändert worden, aber niemand hätte damit gerechnet, dass man von dem Ersparten plötzlich noch den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil zu den Krankenkassenbeiträgen zahlen müsste.

Bundesverfassungsgericht wird entscheiden müssen

Im Oktober 2015 ist deshalb der „Verein der Direktversicherungsgeschädigten e.V.“, Buchenweg 6, 59939 Olsberg, Telefon 02962/2672, gegründet worden. Dieser Verein hat eine Verfassungsklage eingereicht. Sie liegt beim 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes (Aktenzeichen 1 BvR 188/16) vor. Unabhängig davon habe ich Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) ebenso angeschrieben wie die Vorsitzenden der SPD- und CDU/CSU-Bundestagsfraktionen, denn hier geht es nicht nur um viel Geld für die Betroffenen, **hier geht es auch um die Frage der Glaubwürdigkeit von Politik einerseits und um die Frage der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie andererseits.** Wenn jemand aus einer Direktversicherung am Ende der Laufzeit umgerechnet rund 75.000 Euro versprochen bekam, daraus wegen der Kapitalmarktentwicklung nur rund 53.000 Euro werden und davon noch einmal 10.000 Euro an die Sozialkassen abgeführt werden, so macht das einen Verlust von rund 30.000 Euro im Vergleich zur ursprünglichen Grundüberlegung und Kalkulation. Deshalb kann man nur hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht zu einer weisen Entscheidung kommt und nicht die nachträgliche und willkürliche Einbeziehung der Direktversicherungserlöse in die Sozialkassen legitimiert und für gut befundet. Noch kann die Politik gegensteuern, denn man kann ein schlechtes Gesetz aufheben und der Gerechtigkeit zum Sieg verhelfen.

Von: Rudolf Mühlbauer [<mailto:rudolf.muehlbauer@zumare.de>]

Gesendet: Samstag, 3. März 2018 13:47

An: 'hans-juergen.irmer@bundestag.de' <hans-juergen.irmer@bundestag.de>

Betreff: Rede auf CDU Bundesparteitag vom 26.02.2018 ohne die juristischen Fakten zu benennen

Sehr geehrter Herr Irmer,

als Sie im Juni 2016 im Wetzlar Kurier (siehe Anlage) den massenweisen Betrug thematisierten, wusste noch keiner welche kriminelle Rolle unser vermeintlich „ehrenwertes“ Bundesverfassungsgericht spielt. Zwar hat Herr Isendahl bei Ihnen schon am 16.06.2016 das „Fehlverhalten der Gerichte“ zum Ausdruck gebracht, was jedoch dann infolge weiterer Verfassungsbeschwerden ans Licht kam, ist einfach unfassbar und unglaublich.

Eine stichpunktartige Zusammenfassung der Misere:

- Parteienvertreter haben 2003 am Parlament vorbei verfassungswidrig Gesetzesänderungen vorgenommen und die willigen Abgeordneten als Stimmvieh missbraucht
- die rot-grüne Bundesregierung hat in 2004 einen Vorsitzenden Richter im 12. Senat des BSG etabliert, der sich dafür in 2006 mit einer Serie von rechtsbeugenden Urteilen revanchierte und den staatlich organisierten Betrug erst möglich gemacht hat,
- sämtliche mit Beitragsrecht befasste Kammern der Sozialgerichte der Bundesrepublik Deutschland agieren gesetzeswidrig (Rechtsbeugung und Verfassungsbruch)
- die rot-grüne Bundesregierung hat eine Richterin im Ersten Senat des Verfassungsgerichts etabliert unter deren Vorsitz 2008 diese rechtsbeugenden Urteile des BSG verfassungswidrig vom Bundesverfassungsgericht als rechtens erklärt wurden,
- der Verfassungsrichter Kirchhof war an diesem verfassungswidrigen Urteil beteiligt und fällte in der Folge (2010) noch 2 weitere verfassungswidrige Urteile, die den staatlich organisierten Betrug unangreifbar machen sollten,
- der Verfassungsrichter Kirchhof wurde offensichtlich zur Belohnung 2010 zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts gekürt,
- der Vizepräsident Kirchhof plant seitdem die gesetzeswidrige Aneignung sämtlicher Verfassungsbeschwerden zu diesem Betrug und führt sie durch, um sie rechtsbeugend und unter Verfassungsbruch „ohne Begründung nicht anzunehmen“, das gesetzes- bzw. verfassungswidrige Handeln des Herrn Kirchhof: Missachtung §§13, 14 BVerfGG, Rechtsbeugung durch Verdrehung §§18, 19 BVerfGG, Verfassungsbruch (Art. 20 (3), 97 (1), 101 (1) und 103 (1) GG)
- nicht nur der Vizepräsident, sondern der gesamte Erste Senat und das „Allgemeine Register“ des Verfassungsgerichtes brechen fortlaufend die Verfassung,
- der Präsident des Bundesverfassungsgerichts weiß um diese Vorgänge, verweigert aber den Beschwerdeführern ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht.

Herr Irmer ich schätze Sie als streitbaren Politiker der die Verwerfungen in unserem Rechtsstaat richtig einordnen kann. Wenn die CDU in Zukunft noch als ernst zu nehmende Partei gelten will, muss an der Wiederherstellung des Rechtsstaates gearbeitet werden. 6-8 Millionen Betroffene sind mit Angehörigen ca. 15 Millionen Wähler – wohin werden die sich wohl wenden, wenn sie jahrelang von den etablierten Parteien „verarscht“ wurden?

Ich verfüge über das erforderliche Beweismaterial und bitte Sie um Kontaktaufnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Mühlbauer

Von: arnd_rueter [mailto:arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Samstag, 3. März 2018 00:19

An: 'hans-juergen.irmer@bundestag.de'

Betreff: Sekr kritische Anmerkungen zu Ihrer Rede auf dem CDU Bundesparteitag am 26.02.2018

Sehr geehrter Herr Irmer,

auf dem Bundesparteitag der CDU am 26.02.2018 hatten Sie eine kurze Rede gehalten in deren Folge Sie wahrscheinlich etliche Emails erhalten haben, in welchen Ihnen gedankt wird, dass Sie das Thema der Direktversicherungen überhaupt erwähnt haben.

Sie sprachen von 7-8 Mio betroffenen Menschen. Sie haben dazu aufgefordert das Thema in den nächsten 4 Jahren nicht klein zu reden. Sie wollen die Wähler der AfD zurück gewinnen und redeten davon, dass die CDU Vertrauen zurück gewinnen müsse. In Ihrer Zusammenfassung der aus Ihrer Sicht anstehenden Themen sprachen Sie sogar vom „Justizmissbrauch“.

Wenn die CDU sich des Themas wirklich annehmen wollte, dann fehlt noch immer ein vollständiger Blick auf das von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam Angerichtete. Ich erlaube mir zu ergänzen:

„Die etablierten politischen Parteien müssen den Rechtsstaat wieder herstellen.“

Es geht nicht nur um „Justizmissbrauch“, es geht in Wirklichkeit um

Die staatlich organisierte kriminelle Verbeitragung von Privateigentum auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch

Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder hatte es durch unfähige Politik geschafft die Sozialkassen in 3 Jahren zu leeren.

Dann ist man 2003 nicht auf eine geänderte Politik verfallen, sondern hat zusammen mit den Lobbyisten der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen sich das Geld bei den Rentnern zu holen, weil die sich nicht wehren können. Die Idee war, die Kapitallebensversicherungen der Beschäftigten bei Auszahlung (Privateigentum) rechtsbeugend in "Betriebliche Renten" "um zu definieren" und darauf Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu erheben. Die dafür erforderlichen Änderungen im SGB hat man in einer Nacht und Nebel Aktion am Parlament vorbei gebastelt (Ulla Schmidt, Horst Seehofer, ... es waren auch einige Vertreter aus Landesregierungen dabei). Allesamt waren dies Vertreter der Parteien oder der Exekutive und hatten kein Recht Legislative/Gesetzgeber zu spielen. Das Parlament hat ahnungslos alles abgenickt (bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen), was ihm über Nacht untergeschoben worden ist. Das Gesetz (GMG) ist also verfassungswidrig entstanden. Die Gesetzesänderungen zum 1.1.2004 allein reichten aber für die Durchführung des staatlich organisierten Betrugs nicht aus. Deshalb wurde der in Rente gehende Vorsitzende Richter des 12. Senats des Bundessozialgerichts durch einen der SPD genehmen Herrn Balzer ersetzt (Ausnutzung der politischen Einflussnahme mit dem deutschen Richterwahlgesetz). Dieser hat für eine Reihe von rechtsbeugenden Urteilen in 2006 gegen klagende Rentner in dieser Sache gesorgt. Mittlerweile berufen sich sämtliche mit Beitragsrecht befassete Sozialgerichte (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, das Bundessozialgericht) auf diese rechtsbeugenden Urteile als sogenannte "höchstrichterliche" Rechtsprechung - das ist Rechtsbeugung (Straftatbestand mit mindestens 1 Jahr Haft) und Verfassungsbruch (Art. 97, 103 (1)). Auch das hätte noch nicht zur Durchsetzung des Betrugs gereicht, denn es gibt noch das Bundesverfassungsgericht. 3 Richter aus dessen Erstem Senat haben aber unter Christine Hohmann-Dennhardt (Vorsitz, offensichtlich von der SPD dort hingehievt), Ferdinand Kirchhof, Reinhard Gaier in 2008 das wesentliche der rechtsbeugenden Urteile des Bundessozialgerichts inhaltlich und in Teilen sogar wörtlich abgeschrieben. Der Beschluss des Verfassungsgerichtes ist inhaltlich und durch den Beschluss, dem BSG das Recht auf selbständiges Umdefinieren des Rechts (Rechtsbeugung) zuzugestehen, Verfassungsbruch. Anschließend wurden unter dem Vorsitz Kirchhof noch zwei weitere verfassungswidrige Beschlüsse gefasst, um den staatlich organisierten Betrug endgültig zu zementieren. "Ganz zufällig" wurde Kirchhof in 2010 zum Vizepräsidenten des Verfassungsgerichtes gekürt. Seitdem plant der 1. Senat unter seinem Vorsitz jährlich, sämtliche Verfassungsbeschwerden zu dem GMG-Thema Herrn Kirchhof höchst selbst zur "Bearbeitung" zuzuschicken, um sie dann "ohne Begründung abzulehnen". Nach gesetzlicher Regelung sind diese Verfassungsbeschwerden aber vom Zweiten Senat (unter Voßkuhle) zu bearbeiten. Herr Voßkuhle weiß von alledem, aber er sitzt es einfach aus. Das ist wiederum Rechtsverweigerung und Verfassungsbruch auch durch Voßkuhle.

Mittlerweile sind die über 6 Millionen betroffenen Rentner um über 21 Milliarden bestohlen worden. Die Politik (Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen), Exekutive, Legislative) beruft sich permanent auf die Verfassungsgerichtsbeschlüsse, wohl wissend, dass diese verfassungswidrig sind, und wollen nicht auf die über 2 Milliarden Diebesgut jährlich verzichten. Die FDP hat zwar immer mal dagegen gemault, aber jede Chance etwas dagegen zu tun, konsequent ausgelassen.

Die Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs ging und geht also nicht nur einher mit der Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch mit einer Kriminalisierung des obersten deutschen Gerichts. Die Bundesverfassungsrichter missachteten nicht nur die Verfassung und das eigens für sie geschaffene Bundesverfassungsgerichtsgesetz, sondern verletzen auch strafrechtlich relevante Paragraphen (<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434>, <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868>).

Wenn Sie diese Kurzdarstellung bereits nicht ausgehalten haben, dann lassen Sie es gut sein, träumen Sie von besseren Zeiten und erleben Sie mit, wie die CDU in der Talfahrt zur SPD aufschließen wird.

Sie haben sicherlich etliche Informationen vom Betroffenen/Betrogenen Gerhard Isendahl erhalten. Seine Verfassungsbeschwerde war zu damaliger Zeit wohl Maßstab für andere. Inzwischen sind wir aber deutlich weiter gekommen. Der jetzige Stand lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Es ist inzwischen bewiesen worden, dass

- _ die sogenannte „Höchststrichterliche Rechtsprechung“ durch das Bundessozialgericht insbesondere in den Jahren 2006-2007 eine Ansammlung von Rechtsbeugungen und Verfassungsbrüchen ist,
- _ die 3 relevanten Beschlüsse des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts 1 BvR 1924/07, 1 BvR 739/08 und 1BvR 1660/08 ebenfalls Rechtsbeugung und Verfassungsbruch sind,
- _ der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts gar nicht zuständig ist für unsere Verfassungsbeschwerden,
- _ der gesamte Erste Senat seit 2011 (seitdem Kirchhof Vizepräsident ist) den Gesetzes- bzw. Verfassungsbruch jährlich plant und Kirchhof mit jeweils 2 Richtern (Kammer) die Planung auch umsetzt,
- _ also nach „Gesetz und Recht“ (Art. 20 (3) Grundgesetz) sämtliche Ablehnungen von Verfassungsbeschwerden zum GMG rechtswidrig waren und sind,
- _ nicht nur der Erste Senat, sondern auch das AR-Register und weitere Teile der Justizverwaltung kriminell agieren,
- _ der Präsident Voßkuhle von all dem unterrichtet ist, aber glaubt, er könne es aussitzen,
- _ der Präsident Voßkuhle ebenfalls die Verfassung bricht (Rechtsverweigerung gegenüber den Beschwerdeführern).

Wenn Sie es bis hierher ausgehalten haben, dann können Sie sich über folgende Links einen ausreichend guten Überblick verschaffen:

Titel	Link	über Link zum pdf
Replik des Dr.R. an Kirchhof BVerfG wg. Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung	http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8434	http://www.altersdiskriminierung.de/download/direktversicherung-kirchhoff.pdf
Wie sich der Staat 21 Milliarden von RentnerInnen verschaffte	http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8507	http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link1_Uebersicht_Skandal.pdf
		http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link2_Schreiben-VdAK_AEV.pdf
		http://www.altersdiskriminierung.de/download/Link3_Schreiben_Kirchhof.pdf
Schwere Vorwürfe gegen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten	http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8868	http://www.altersdiskriminierung.de/download/20180115_RM-an-Kirchhof-und-Voskuhle.pdf
Zur hartaberfair-Sendung zum Thema Lebensversicherungen	http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8873	
Bundestagsitzung: Wenn Blinde über Farben reden	http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8925	http://altersdiskriminierung.de/download/Plenarprotokoll-11-Plenarsitzung.pdf

Danach werden Sie zu Recht fragen, wo sind die Beweise für das Behauptete.

Es gibt 4 Komprimierungsstufen der Beschreibung:

- _ Ebene 1: eine schon sträflich kurze Zusammenfassung (s.o.)
- _ Ebene 2: eine Übersicht, die die wesentlichen Punkte in Ablauf und Status der GMG-Thematik zusammenfasst (19 Seiten; <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=8507>). Diese enthält keinerlei beweisende Dokumente, sondern verweist im wesentlichen auf 2 Dokumente der Ebene 3
- _ Ebene 3: Die Verfassungsbeschwerde und ihre Hintergründe. Die Hintergrunddokumente bestehen aus zwei Dokumenten: der Klageschrift beim Sozialgericht mit Klagebegründung (27 Seiten) und Erweiterungen dazu (71 Seiten) als Basis für meine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Auch diese beiden Dokumente stellen noch nicht die Ebene der Beweise dar, aber sie referenzieren auf die beweisenden Dokumente
- _ Ebene 4: Die beweisenden Dokumente umfassen ca. 1000 Seiten und sind Bestandteil der Verfassungsbeschwerde. Diese sind ergänzt durch den ständig zunehmenden Schriftwechsel mit dem Bundesverfassungsgericht, welcher insbesondere das kriminelle Agieren des Bundesverfassungsgerichts belegt

Die Entstehungsgeschichte geht von Ebene 4 nach Ebene 1. Das bedeutet, es gibt keinerlei Behauptungen auf Ebene 3, 2 und 1, die nicht bewiesen werden können. Die einzige Ausnahme: wir (die Betroffenen) können nicht beweisen, wie die Richtereinsetzung von Hr. Balzer in den 12. Senat des BSG, die Richtereinsetzung von Fr. Hohmann-Dennhardt in den Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts und die Kür von Hr. Kirchhof zu dessen Vizepräsidenten erfolgt ist (eine Generalbundesanwalt könnte das aber schon).

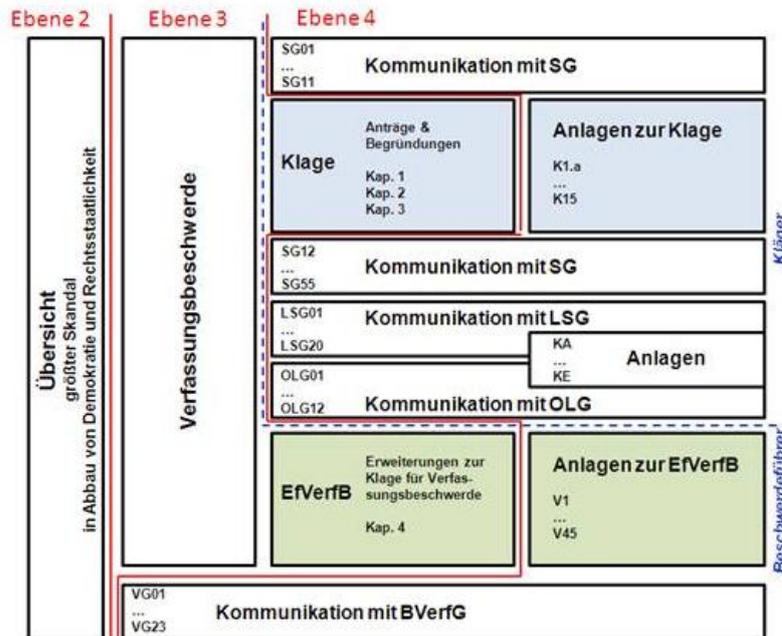


Abbildung: Struktur der zur Verfassungsbeschwerde zugeordneten Dokumente
(Details in Übersicht Anlagen – ÜA_Gerichte Dokumentenaustausch.pdf)

Mit einer Ihrer Diagnosen haben Sie völlig recht; wenn die etablierten politischen Parteien den Rechtsstaat in absehbarer Zeit (ich denke nicht, dass es noch Jahre Zeit hat) nicht wieder herstellen, dann wird sich die AfD des Themas dankbar annehmen. Ob das dann zur Wiederherstellung des Rechtsstaats führen wird haben wir alle nicht im Griff.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie höchstpersönlich den Eingang dieser Email bestätigen würden (auch das ist leider heutzutage keine Selbstverständlichkeit mehr).

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Von: Irmer Hans-Jürgen [mailto:hans-juergen.irmer@bundestag.de]

Gesendet: Freitag, 16. März 2018 14:02

An: arnd_rueter

Betreff: AW: Sekr kritische Anmerkungen zu Ihrer Rede auf dem CDU Bundesparteitag am 26.02.2018

Sehr geehrter Herr Rüter,

mich haben in den letzten Wochen viele Bürger zu meinem Beitrag zur Direktversicherung auf dem CDU-Bundesparteitag angeschrieben. Gerne würde ich jedem Petenten einen individuellen Brief zurückschreiben, um mich für Ihr Lob und Ihren Zuspruch zu bedanken. Insbesondere die Offenheit, Zahlen, Daten und Fakten in den Schreiben unterstützen in beeindruckender Form meine Auffassung, dass das, was politisch beschlossen wurde, nicht in Ordnung ist.

Menschen, die durch die private Vorsorge fürs Alter sich im Grunde genommen völlig richtig verhalten haben, wurden durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Nachhinein bestraft. Auch wenn ich persönlich davon nicht betroffen bin, kann ich Ihre Verärgerung und Ihren Unmut sehr gut nachvollziehen. Sie fühlen sich im Nachhinein von "Vater Staat" getäuscht.

Neben dem finanziellen Verlust besteht für mich das Hauptproblem darin, dass das Vertrauen in staatliche Zusagen und damit die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns beschädigt wird. Daher versuche ich, das Thema Direktversicherung auf die politische Tagesordnung zu setzen und dazu beizutragen, Korrekturen in Ihrem Sinne zu anstoßen. Ob das gelingen wird, kann ich heute noch nicht abschätzen. Allerdings habe ich viele Kolleginnen und Kollegen in meiner Bundestagsfraktion entweder persönlich oder in kleineren Sitzungen angesprochen und erfahren, dass Viele das Problem so sehen wie ich. [also unzureichend] Ich kann Ihnen immerhin berichten, dass der Gesundheitsausschuss im April dazu eine öffentliche Anhörung durchführen wird und hoffe, dass nicht zuletzt dadurch ein Momentum entsteht, das gesetzliche Verbesserungen für Direktversicherte möglich macht. Daher bitte ich jeden Einzelnen von Ihnen, Ihren jeweils örtlichen Abgeordneten anzuschreiben - auch und gerade von der SPD! Neben der Ansprache von Kollegen versuche ich auch, das Thema medial präsent zu machen - Beiträge beim Hessischen Rundfunk oder der ARD sind bereits "im Kasten".

Ich hoffe sehr, dass wir etwas erreichen können und bedanke mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für Ihren Zuspruch.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans-Jürgen Irmer

Datum: 16. März 2018 um 14:00:36 MEZ

An: Rudolf Mühlbauer <rudolf.muehlbauer@zumare.de>

Betreff: AW: Rede auf CDU Bundesparteitag vom 26.02.2018 ohne die juristischen Fakten zu benennen

Sehr geehrter Herr Mühlbauer,

mich haben in den letzten Wochen viele Bürger zu meinem Beitrag zur Direktversicherung auf dem CDU-Bundesparteitag angeschrieben. Gerne würde ich jedem Petenten einen individuellen Brief zurückschreiben, um mich für Ihr Lob und Ihren Zuspruch zu bedanken. Insbesondere die Offenheit, Zahlen, Daten und Fakten in den Schreiben unterstützen in beeindruckender Form meine Auffassung, dass das, was politisch beschlossen wurde, nicht in Ordnung ist. Menschen, die durch die private Vorsorge fürs Alter sich im Grunde genommen völlig richtig verhalten haben, wurden durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz im Nachhinein bestraft. Auch wenn ich persönlich davon nicht betroffen bin, kann ich Ihre Verärgerung und Ihren Unmut sehr gut nachvollziehen. Sie fühlen sich im Nachhinein von "Vater Staat" getäuscht.

Neben dem finanziellen Verlust besteht für mich das Hauptproblem darin, dass das Vertrauen in staatliche Zusagen und damit die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns beschädigt wird. Daher versuche ich, das Thema Direktversicherung auf die politische Tagesordnung zu setzen und dazu beizutragen, Korrekturen in Ihrem Sinne zu anzustoßen. Ob das gelingen wird, kann ich heute noch nicht abschätzen. Allerdings habe ich viele Kolleginnen und Kollegen in meiner Bundestagsfraktion entweder persönlich oder in kleineren Sitzungen angesprochen und erfahren, dass Viele das Problem so sehen wie ich. Ich kann Ihnen immerhin berichten, dass der Gesundheitsausschuss im April dazu eine öffentliche Anhörung durchführen wird und hoffe, dass nicht zuletzt dadurch ein Momentum entsteht, das gesetzliche Verbesserungen für Direktversicherte möglich macht. Daher bitte ich jeden Einzelnen von Ihnen, Ihren jeweils örtlichen Abgeordneten anzuschreiben - auch und gerade von der SPD! Neben der Ansprache von Kollegen versuche ich auch, das Thema medial präsent zu machen - Beiträge beim Hessischen Rundfunk oder der ARD sind bereits "im Kasten".

Ich hoffe sehr, dass wir etwas erreichen können und bedanke mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für Ihren Zuspruch.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans-Jürgen Imer

<https://www.facebook.com/Beermann.Maik/photos/a.582152895174643/2061362620586989/?type=3>

Maik Beermann ✓
30. November 2018 · 🌐

Mein Kollege [Hans-Jürgen Irmer](#) aus Hessen und ich haben uns kürzlich mit [Martin Steinhäuser](#) Bundesvorstandsmitglied der [Direktversicherungsgeschädigte e.V.](#) in Berlin zum Austausch getroffen. Wir beide sind der Meinung, dass es dringend Veränderungen in der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten geben muss. Ebenso muss eine Ungerechtigkeit behoben werden, die durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz aus dem Jahre 2004 entstanden ist. Das Thema ist komplex und umfassend und es mag formaljuristisch auch alles richtig sein - moralisch ist das, was da passiert ist und immer noch nicht geändert wurde nicht. Weil ich diese Ungerechtigkeit beenden möchte, werde ich den Antrag der [Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU](#) auf dem Bundesparteitag der CDU von 07. bis 08.12. in Hamburg unterstützen.



Mehr von Maik Beermann auf Facebook anzeigen

Anmelden oder Neues Konto

Taskbar: MdB Beermann traf ... Maik Beermann - Me... Maik Beermann - ... Dokument1 - Micros... DE



Zitat D.Hruschka/M.Steinhäuser (**Martin Steinhäuser** ist einer der **SPD-Unterwanderer** des Vereins **DirektVersicherungsGeschädigte e.V.** und Mitglied in dessen Vorstand):

*„Am 29. November 2018 sprach Martin Steinhäuser mit **Maik Beermann** und **Jürgen Imer** – ein in jeder Hinsicht sehr gutes Gespräch.[...]“*

*In dem Gespräch wurde auch der Plan entwickelt, alle Delegierten des CDU-Parteitag im Dezember 2018 mit einem Statement aufzurufen, dem Antrag von **C. Linnemann / MIT** zuzustimmen, was die Antragskommission versucht hat zu verhindern, letztlich aber von den Delegierten gebilligt wurde. Beermann und Imer haben uns übrigens gebeten, an einem Konzept Altersvorsorge mitzuarbeiten.“*

CDU-Abgeordneter nahm Bestellungen für dubiosen Maskenhändler entgegen



In der Corona-Krise versuchen zahlreiche Unternehmen, von der großen Nachfrage nach Schutzmasken und Desinfektionsmitteln zu profitieren – Verbraucherschützer:innen warnen vor unseriösen Angeboten und „Mondpreisen“. Recherchen von abgeordnetenwatch.de und dem Magazin STERN haben nun den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer in Erklärungsnot gebracht: Über seine Gratiszeitung „Wetzlar Kurier“ nahm Irmer für den windigen Onlineshop eines Parteifreundes Bestellungen für Schutzmasken und Desinfektionsmittel entgegen. Bei einer Testbestellung von abgeordnetenwatch.de wurde von dem Shopbetreiber zwar Geld abgebucht, geliefert wurde die Ware nicht.

CDU-Abgeordneter nahm Bestellungen für dubiosen Maskenhändler entgegen

Der STERN veröffentlichte die gemeinsame Recherche mit abgeordnetenwatch.de auf seinem Internetportal: [Der CDU-Abgeordnete Irmer und seine Verbindung zu einem Maskenhändler](#)

https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/nebentaetigkeiten/cdu-abgeordneter-sammelte-maskenbestellungen-fuer-fragwuerdigen-onlineshop?pk_campaign=nl20200614

The screenshot shows the top navigation bar of the website 'abgeordnetenwatch.de' with a '15 Jahre' anniversary logo. The main content area features a large, dark, blurred background image of a man in a suit. Overlaid on this image is the article title and a short introductory paragraph. The title is 'CDU-Abgeordneter sammelte Masken-Bestellungen für fragwürdigen Onlineshop ein'. The text below it discusses the Corona crisis, the high demand for masks, and the investigation into a CDU member's use of a free newspaper's time to place orders for masks and disinfectants from a questionable online shop.

abgeordnetenwatch.de
weil transparenz vertrauen schafft

15 Jahre

Anmelden Über uns 15 Jahre abgeordnetenwatch.de Kontakt Spenden

Frage stellen Parlamente Blog Petitionen

Wir wollen Sie kennenlernen! Bitte nehmen Sie an unserer [Nutzungsumfrage](#) teil. [Zur Umfrage](#)

Startseite > Blog > Nebentätigkeiten > CDU-Abgeordneter sammelte Masken-Bestellungen für fragwürdigen Onlineshop ein

CDU-Abgeordneter sammelte Masken-Bestellungen für fragwürdigen Onlineshop ein

In der Corona-Krise versuchen zahlreiche Unternehmen, von der großen Nachfrage nach Schutzmasken und Desinfektionsmitteln zu profitieren – Verbraucherschützer warnen vor unseriösen Angeboten und „Mondpreisen“. Recherchen von abgeordnetenwatch.de und dem Magazin *stern* bringen nun den CDU-Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer wegen einer Geschäftsbeziehung in Erklärungsnot: Für den windigen Onlineshop eines Parteifreundes sammelte Irmer über seine Gratiszeitung „Wetzlar Kurier“ offenbar Bestellungen für Schutzmasken und Desinfektionsmittel ein. Bei einer Testbestellung von abgeordnetenwatch.de wurde von dem Shopbetreiber zwar Geld abgebucht, geliefert wurde die Ware nicht.

Von Martin Reyher | veröffentlicht am 05.06.2020

[Nebentätigkeiten](#)

Von den Abgeordneten im Bundestag hat der hessische CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer eine der imposantesten Listen an Nebeneinkünften: Weit über 100 Geschäftspartner sowie Bruttozuflüsse von mindestens 340.000 Euro hat er dem Bundestagspräsidenten seit 2018 [gemeldet](#), und in unregelmäßigen Abständen kommen neue Einträge hinzu.



CDU-Bundestagsabgeordneter Hans-Jürgen Irmer

Irmer betreibt im Nebenjob das monatlich erscheinende Gratisblatt [Wetzlar Kurier](#), das eine Auflage von 125.000 Exemplaren angibt und wie ein Mitteilungsorgan des CDU-Politikers daher kommt. Der Bundestagsabgeordnete ist Herausgeber, Chefredakteur und Anzeigenverkäufer in Personalunion und gerät wegen seiner Zeitschrift immer wieder auch selbst in die Schlagzeilen. Vor einigen Jahren musste er aufgrund eines islamfeindlichen Inserats der rechtsextremen Gruppierung Die Deutschen Konservativen seinen Posten als CDU-Fraktionsvize im hessischen Landtag [räumen](#). Ein anderes Mal schob er dem Grünen-Politiker Jürgen Trittin [ein falsches Zitat](#) unter und musste einen Widerruf drucken.

Nun bringen Recherchen von [abgeordnetenwatch.de](#) und dem Magazin *stern* den CDU-Bundestagsabgeordneten in Sachen Wetzlar Kurier erneut in Erklärungsnot. Es geht um eine geschäftliche Beziehung zu einem fragwürdigen Onlineshop. ([stern-Artikel: Der CDU-Abgeordnete Irmer und seine Verbindung zu einem Maskenhändler](#))

Onlineshop war offenbar eilig aus dem Boden gestampft

Mundschutzmasken & Desinfektionsmittel

**SOFORT LIEFERBAR /
SOLANGE VORRAT**

- ✓ BEUGT INFEKTIONEN VOR
- ✓ SCHÜTZEN SIE SICH UND ANDERE
- ✓ EXPRESS LIEFERUNG INNERHALB VON 3 - 5 TAGE

MITTELHESSEN-MASKE.DE

10 % Gutschein für alle Wetzlar Kurier Leser
mit Code «WK10» (Einfach an der Kasse eingeben)

Schulen, Pflegeheime, Vereine bekommen höhere Rabatte auf
Nachfrage per Telefon oder hilft@mittelhessen-maske.de

**Fragen? Rufen Sie uns kostenlos
an unter: 0800 480 40 80**

Währungsweise, AGBs etc auf:
www.mittelhessen-maske.de

<input type="checkbox"/> 50 x Masken EUR 44,50	<p>Jetzt ausfüllen und bis 20. Mai einsenden an: mittelhessen-maske.de ist ein Projekt der Sparilla AG, Herrngasse 15, CH-6430 Schwyz (Schweiz) Einsendungen im Auftrag an c/o Wetzlar Kurier, Markt-Heinrich-Strasse 24, D-35578 Wetzlar.</p> <p>Name _____</p> <p>Vorname _____</p> <p>Strasse _____</p> <p>PLZ/Ort _____</p> <p>Telefonnummer _____</p> <p>E-Mail _____</p>
<input type="checkbox"/> 200 x Masken EUR 159,50	
<input type="checkbox"/> 10 x FFP2 Masken EUR 55,00	
<input type="checkbox"/> 1x Desinfektionsmittel 100ml EUR 9,90	
<p>Die Lieferung Ihrer Bestellung erfolgt per Postversand auf Rechnung, zuzüglich Versand. Ab EUR 200,00 Vorkasse</p>	

Screenshot Wetzlar Kurier

Anzeige in der Mai-Ausgabe des Wetzlar Kurier

In der [Mai-Ausgabe](#) des Wetzlar Kurier sowie in der aktuellen [Juni-Ausgabe](#) von dieser Woche druckte Irmer ganzseitige Anzeigen des Portals mittelhessen-maske.de, das Schutzmasken und Desinfektionsmittel zu stattlichen Preisen im Sortiment hat. So verlangte der Betreiber beispielsweise für zehn Masken des Typs FFP2 jeweils 55 Euro, hinzu kommt noch die Mehrwertsteuer (bei Erscheinen dieses Artikels lag der Gesamtpreis inkl. Versand bei 72,45 Euro). Bei anderen Anbietern kosten solche Masken teilweise deutlich weniger.

Der [Onlineshop](#) war offenbar eilig aus dem Boden gestampft, bis heute macht er einen wenig professionellen Eindruck. Unter der Rubrik „Häufige Fragen“ sind keine Antworten zu sehen, sondern Platzhalter („Lorem ipsum dolor sit amet“). In der Fußleiste fehlen Links zu weiterführenden Informationen über „Versandkosten“ und „Zahlungsmethoden“, die AGB sind schlampig formatiert.

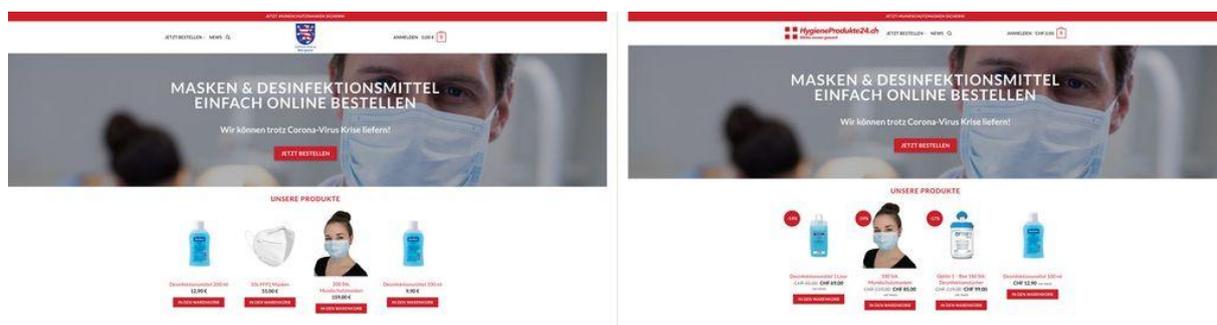
Und auch im Impressum von mittelhessen-maske.de wundert man sich. Dort sind zwei Firmen angegeben, denen gemein ist, dass ihre Besitzer nicht ohne weiteres auszumachen sind.

- Zum einen die Zoila GmbH: Das Berliner Unternehmen vertreibt ansonsten über das Internet Produkte zur „hochwertigen Gesichtspflege“ und gehört wiederum einer Gesellschaft namens Matterhorn UG. Deren Eigentümer ist der in der Schweiz lebende deutsche Geschäftsmann Ruben Welsch, ein Bekannter von Wetzlar Kurier-Herausgeber Irmers.
- Zum anderen die Sparola AG: Bei der Schweizer Gesellschaft ist unklar, wem sie gehört. Laut Handelsregister wird das Unternehmen vom Chef einer Treuhandfirma geführt, also jemand, der nach außen hin für andere Personen auftritt. Zweck des Unternehmens ist „Vermögensverwaltung und Vermögensberatung sowie Handel mit Immobilien“.

Kein gewöhnlicher Anzeigenkunde

Die erste Anzeige des Onlineshops im Wetzlar Kurier von Anfang Mai fiel in eine Zeit, in der die Nachfrage für Schutzmasken und Desinfektionsmittel groß und die Produkte oft nur schwer erhältlich waren. Für die Leser:innen von Irmers Monatsblatt hatten die Betreiber von mittelhessen-maske.de jedoch ein besonderes Angebot: eine „Express-Lieferung“ innerhalb von drei bis fünf Tagen – und das zu Vorzugskonditionen. 10 Prozent Preisnachlass erhielt, wer bei einer Onlinebestellung den Rabattcode „WK10“ eingab. Weniger netzaffine Leser:innen konnten sich analog behelfen und einen abgedruckten Bestellcoupon ausschneiden und einschicken. Als Rücksendeanschrift war die Moritz-Hensoldt-Straße 24 in Wetzlar angegeben – die Redaktionsadresse des Wetzlar Kurier, der die Bestellungen entgegennahm. Der Masken-Shop, der dieselbe Rabattaktion in der aktuellen Juni-Ausgabe des Wetzlar Kurier wiederholt, ist also kein gewöhnlicher Anzeigenkunde im Blatt des CDU-Bundestagsabgeordneten.

Irmers Geschäftspartner eilt nicht der allerbeste Ruf voraus. Ende März warnte das angesehene Schweizer Verbraucherschutzmagazin *saldo*: [„Jetzt schlägt die Stunde der Wucherer“](#). Manche Händler würden den Engpass bei Schutzmasken und Desinfektionsmitteln ausnutzen und „Mondpreise“ verlangen. Eines der im Text genannten Portale ist Hygieneprodukte24.ch. Es sieht dem Onlineshop mittelhessen-maske.de aus der Anzeige im Wetzlar Kurier nicht nur zum Verwechseln ähnlich – sondern hat laut [Impressum](#) auch denselben Verantwortlichen: die Berliner Zoila GmbH des Geschäftsmanns Ruben Welsch.



Screenshots mittelhessen-maske.de / hygieneprodukte24.ch

Zum Verwechseln ähnlich: Die Onlineshops mittelhessen-maske.de (links) und
hygieneprodukte24.ch am 4. Juni 2020

Was er an Anzeigen veröffentliche, gehe niemanden etwas an

Welsch ist seit mehreren Jahren in der Schweiz ansässig, wo er unter anderem als Gesellschafter und Geschäftsführer von Unternehmen aktiv war, die mangels Geschäftstätigkeit und "verwertbarer Aktiven" gelöscht wurden. Ein Schweizer Auskunftsdienst bewertete seine Bonität als „sehr tief“. Auch aus der Alpenrepublik fühlt Welsch sich der Politik in Deutschland verbunden. Als die CDU bei ihrem Hamburger Parteitag im Dezember 2018 eine Nachfolge für Parteichefin Angela Merkel suchte, reiste der Unternehmer aus der Schweiz an und [twitterte](#) vom Flughafen: „Dann mal los ab #zuerich nach #hamburg zum @CDU#epic Parteitag - freue mich auf viele altbekannte Gesichter - das #TeamMerz steht und @_FriedrichMerz wird mit +60% gewählt ☐“

Ja, er kenne Ruben Welsch „logischerweise“, sagte Wetzlar Kurier-Herausgeber Hans-Jürgen Irmer an diesem Mittwoch auf Anfrage von *stern* und *abgeordnetenwatch.de*. Welsch sei ein Parteifreund, er habe viele Jahre im Lahn-Dill-Kreis gelebt. Zu seinem Geschäftskontakt wollte Irmer keine näheren Angaben machen. Was er im Wetzlar Kurier an Anzeigen veröffentliche gehe niemanden etwas an, das habe mit „Datenschutz und Betriebsschutz“ zu tun, so der CDU-Politiker in einem Telefonat mit dem *stern*. Ob er schon einmal von Beschwerden wegen fehlender Lieferungen gehört habe? Nein, beteuerte Irmer, „es gab keine Beschwerden, überhaupt nicht“. Zwei, drei Lieferungen im privaten Bekanntenkreis hätten auch funktioniert: „Das hat anstandslos geklappt.“

Geld eingezogen, aber nicht geliefert



Hallo [REDACTED]

wir haben deine Bestellung abgeschlossen.

Screenshot abgeordnetenwatch.de

Bestätigungsmail von Shopbetreiber Zoila GmbH

Gar nicht gut klappte dagegen eine Bestellung, die abgeordnetenwatch.de am 13. Mai 2020 über mittelhessen-maske.de getätigt hat. Shopbetreiber Zoila GmbH schickte zwar umgehend eine Kaufbestätigung für das geordnete 100ml-Fläschen Desinfektionsmittel, auch der Gesamtpreis in Höhe von 18,78 Euro (inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten) wurde prompt eingezogen – geliefert wurde die Ware auch nach drei Wochen nicht. Eine Mailanfrage an die Zoila GmbH zum Verbleib der Bestellung blieb bis diesen Freitagmorgen unbeantwortet.

Dann tat sich mit einem Mal doch etwas: Offenbar als Reaktion auf die Recherchen überwies die Zoila GmbH an diesem Freitag den Kaufpreis zurück. abgeordnetenwatch.de und stern hatten dem Shopbetreiber zuvor einen Fragenkatalog unter anderem zu seinen Geschäftspraktiken und der Anzeige im Wetzlar Kurier geschickt.

Von nicht-gelieferter Ware durch einen Zoila-Shop, in diesem Fall das Portal hygieneprodukte24.ch, ist auch im [Kommentarbereich](#) des Schweizer Verbraucherportals saldo zu lesen.

Geschäftsmann Welsch teilte am gestrigen Donnerstag auf Anfrage mit, Beschwerden seien nicht bekannt. In der Schweiz hätten alle Kunden „ihre Ware oder ihre bereits gezahlten Gelder nach gesetzlichen Stornos erhalten“. Was die Preise für angebotenen FFP2-Masken angehe, so seien diese Ende April 2020, als die Anzeige im Wetzlar Kurier gestaltet und aufgegeben worden sei, als "marktneutral, wen [sic] nicht sogar tief einzustufen". Leider gebe es auf dem Markt

viel gefälschte Ware zu Dumpingpreisen. "Davon distanzieren wir uns." In einer weiteren Stellungnahme von diesem Freitagnachmittag verteidigte Welsch seine seit über einem Monat unveränderten Preise für die FFP2-Masken (zehn Stück für 55 Euro zzgl. MwSt.): Er müsse ja seinen Einkaufspreis wieder reinbekommen. Für Leser des "Wetzlar Kuriers" gebe es einen Rabatt. Und: "Der Konsument ist ja frei in seiner Wahl."

Welsch ist nach eigenen Angaben seit 1996 Mitglied der CDU, die meiste Zeit über den Kreisverband Lahn-Dill, der auch die politische Heimat des Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer ist.

Für Irmer ist die Rabattaktion mit dem fragwürdigen Onlineshop seines Bekannten und Parteifreundes Welsch nicht der Rede wert. „Das ist völlig skandalfrei“, sagte der Bundestagsabgeordnete.

Ergänzung von 19:10 Uhr: Der Artikel wurde aktualisiert und dabei leicht überarbeitet. Eingefügt wurde das Erscheinen einer weiteren Anzeige des Onlineshops mittelhessen-maske.de in der aktuellen Juni-Ausgabe des Wetzlar Kurier, die Rückerstattung des Kaufpreises für die nicht gelieferte Testbestellung von abgeordnetenwatch.de sowie eine neue Stellungnahme des Geschäftsmannes Ruben Welsch zu den aktuellen Preisen des Onlineshops.

Hans-Jürgen Irmer und die Nebentätigkeiten

Neben dem Wetzlar Kurier gab der CDU-Abgeordnete Hans-Jürgen Irmer bis vor einigen Monaten auch eine weitere Zeitschrift heraus. Im Impressum des Magazins Gesundheitskompass Mittelhessen wurde Irmer bis [mindestens Oktober 2019](#) als Herausgeber und Verantwortlicher für Inhalt und Anzeigen genannt. Diese inzwischen beendete Tätigkeit ist in Irmers [Bundestagsprofil](#) nicht aufgeführt. Auch aktuelle Tätigkeiten als Vorsitzender des Vereins Propolizei Wetzlar sowie als Präsident der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft Wetzlar fehlen unter den veröffentlichungspflichtigen Angaben, die Bundestagsabgeordnete laut Verhaltensregeln auch für Ehrenämter machen müssen. Der CDU-Politiker erklärte auf Anfrage, seine Nebentätigkeiten seien im Bundestagshandbuch angegeben, seinen Herausgeberjob bei der Gesundheitszeitschrift habe er mittlerweile aufgegeben. Ein Sprecher der Bundestagsverwaltung teilte gegenüber abgeordnetenwatch.de mit, dass "die Beendigung einer während des Mandates ausgeübten Nebentätigkeit [...] die Anzeigepflicht nicht entfallen" lasse. Immer wieder werden Fälle bekannt, [in denen Abgeordnete gegen die Transparenzpflichten verstoßen](#).

Vorkommende Politiker

- [Hans-Jürgen Irmer](#)

[Lobbyismus & Transparenz](#)

abgeordnetenwatch.de  weil transparenz vertrauen schafft

Anmelden Über uns 15 Jahre abgeordnetenwatch.de Kontakt Spenden

Frage stellen Parlamente Blog Petitionen

Wir wollen Sie kennenlernen! Bitte nehmen Sie an unserer [Nutzungsumfrage](#) teil. [Zur Umfrage](#)

Startseite > Frage stellen > Hans-Jürgen Irmer



Hans-Jürgen Irmer

• CDU

Abgeordneter Bundestag
Fraktion: CDU/CSU
Eingezogen über den Wahlkreis: Lahn-Dill

0% 0 / 8 Fragen beantwortet

[Frage stellen](#)

Übersicht Fragen und Antworten Nebentätigkeiten Abstimmungen Ausschuss-Mitgliedschaften

Fragen und Antworten

 Frage an Hans-Jürgen Irmer • CDU

Frage Antwort

(...) Wie können Sie sich vorstellen die Verkleinerung der Parlamente vor 2021 zu erzielen? (...)

Politisches Leben, Parteien
25. Mai 2020

[Weiterlesen](#)

 Frage an Hans-Jürgen Irmer • CDU

Frage Antwort

(...) Werden Sie sich dafür einsetzen, alle Pläne, Drohnen für die Bundeswehr zu bewaffnen, bis nach der Beendigung der Coronavirus-Krise zu stornieren, um die „gesellschaftliche Debatte“ zu ermöglichen? Wenn ja, auf welche Weise? (...)

Verteidigung
16. April 2020

[Weiterlesen](#)

 Frage an Hans-Jürgen Irmer • CDU

Frage Antwort

Betr. Doppelverbeitragung

Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen
05. Juni 2019

[Weiterlesen](#)

 Frage an Hans-Jürgen Irmer • CDU

Frage Antwort

(...) 1. Ist Ihnen bewusst, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Wege der Kommunikation die Öffentlichkeit generell bzw. im vorliegenden Fall an der Thematik interessierte Menschen von Ihren Antworten ausschließen? (...)

Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen
19. Dezember 2018

[Weiterlesen](#)

[Alle Fragen und Antworten](#)

abgeordnetenwatch.de  weil transparenz vertrauen schafft

Anmelden Über uns 15 Jahre abgeordnetenwatch.de Kontakt Spenden

Frage stellen Parlamente Blog Petitionen

Wir wollen Sie kennenlernen! Bitte nehmen Sie an unserer [Nutzungsumfrage](#) teil. [Zur Umfrage](#)

Startseite > Frage stellen > Hans-Jürgen Irmer > Fragen und Antworten > Frage an Hans-Jürgen Irmer bezüglich Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen



Hans-Jürgen Irmer

• CDU

[Profil öffnen](#)

Frage an Hans-Jürgen Irmer von Günter Jung bezüglich Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen

Gesellschaftspolitik, soziale Gruppen 05. Juni 2019 - 14:23

Betr. Doppelverbeitragung

Mit Parteitagsbeschuß vom 8.12.2018 und Bundesratsbeschuß vom 15.4.2019 sowie der Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien sollte die Doppelverbeitragung der KK-Beiträge für Betriebsrenten beendet werden.

Die Nichtlieferung von Ankündigungen vertieft nach dem seit 15 Jahren andauernden Rentenraub das Mißtrauen von 6 Millionen Betriebsrentner. Wie lange will die Groko noch die Geduld der betroffenen strapazieren?

Frage von Günter Jung

Diese Frage teilen [f](#) teilen [tweet](#) [e-mail](#)

Diese Frage wurde noch nicht beantwortet.

Hans-Jürgen Irmer

https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-J%C3%BCrgen_Irmer

Juni 2016

in seiner eigenen Zeitung

WETZLAR KURIER, ZEITUNG FÜR DEN LAHN-DILL KREIS

„ hier geht es auch um die Frage der Glaubwürdigkeit von Politik einerseits und um die Frage der Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie andererseits „

13.06.2020 Dr. A. Rüter: **Wie wahr, wie wahr**

Mit scheint, der Herr hat keine Zeit für die politische Arbeit als gewählter Abgeordneter des Parlamentes

Er ist mit Nebenverdiensten beschäftigt